

# Nein zur Atomstrom-Initiative

Der Landrat bringt das Volksbegehren der Grünen ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung



Neue AKW-Debatte lanciert. Auch aus dem Atomkraftwerk Leibstadt soll der Strom nicht mehr ins Baselbiet fließen. Foto Keystone

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Im Kanton Baselland wird es Anfang nächsten Jahres zu einer neuen Energie-Abstimmung kommen. Der Landrat hat gestern in Liestal die Initiative «Für sicheren und sauberen Strom – 100 Prozent Zukunft ohne Atomkraft» verabschiedet. Mit 48 zu 33 Stimmen empfiehlt er den Stimmberechtigten, die Initiative abzulehnen. Alle Bemühungen um einen Gegenvorschlag sind gestern im Parlament gescheitert. Mit der von den Grünen vor sechs Jahren eingereichten Initiative sollen die Baselbieter Elektrizitätsversorger verpflichtet werden, den Kanton ab 2030 mindestens zu 80 Prozent Strom aus erneuerbarer Energie zu versorgen.

Die Atomstrom-Initiative ist rechtlich umstritten, denn die Stromversorgung liegt eigentlich in der Kompetenz des Bundes. Zwar liegt die Zielsetzung der Initiative auch in der Energiestrategie des Bundes. Volk und Stände haben jedoch einen langsameren Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen und keine derart radikale Abkehr von fossilen Energieträgern. Es ist deshalb offen, ob der Kanton Baselland die Initiative nach einer allfälligen

Annahme auch im Alleingang umsetzen könnte. Für die Baselbieter Elektrizitätsversorger würde eine Annahme der Initiative zu einer Wettbewerbsverzerrung im nationalen und internationalen Umfeld führen, wie dies aus einem Rechtsgutachten hervorgeht.



**Landrat**  
Berichterstattung aus dem  
Baselbieter Parlament

Aus diesem Grund hat der Landrat gestern über Möglichkeiten debattiert, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, der die rechtlichen Bedenken aus dem Weg räumt. Anlass dazu bot eine Motion der Grünliberalen und der Grünunabhängigen: Daniel Altermatt verlangte damit, dass Kanton und Gemeinden nur nicht nuklearen Strom einsetzen und den Strom aus fossilen Quellen auf 20 Prozent beschränken. «Damit wollen wir den rechtlichen Bedenken Rechnung tragen», sagte Altermatt.

Die Motion scheiterte jedoch am fast geschlossenen Widerstand von SVP, FDP und CVP und wurde mit 37 zu 43 Stimmen abgelehnt. Unabhängig vom

Vermittlungsversuch der Grünliberalen kritisierte Stefan Zemp (SP) die Weigerung der Bürgerlichen, das Begehren, einen bereits in der Kommission eingebrachten Gegenvorschlag nicht rechtlich prüfen zu wollen.

## Streit um die nationale Initiative

Zemp fand, dies sei «ein unfaires Spiel». Schliesslich habe der Kanton Baselland die Atomausstiegs-Initiative mit 50,5 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Christoph Buser (FDP) stellte dies zwar nicht in Abrede, wies aber darauf hin, dass die Atomausstiegs-Initiative abgelehnt wurde.

Andi Trüssel (FDP) und Christine Frey (FDP) traten für ein Nein ohne Wenn und Aber zur Initiative der Grünen ein. Trüssel erklärte, es sei physikalisch ohnehin nicht möglich, die Herkunft des Stroms aus der Steckdose zu erkennen. Frey fand es «stossend», dass trotz verabschiedetem Energiegesetz mit der Initiative die Energiediskussion wieder angestossen werde. Sie übersah dabei, dass die Initiative lange vor der Verabschiedung des Energiegesetzes eingereicht wurde. Die Behandlung wurde seinerzeit bis zum Entscheid über das Energiegesetz unterbrochen.

Die Grünen verteidigten indes ihre Initiative. «Wir halten trotz Gegenwind an der Initiative fest», sagte Philipp Schoch. Wenn sie angenommen werde, könne sie auch umgesetzt werden. Bisher habe man in der Schweiz immer einen Weg gefunden, einen Volksentscheid umzusetzen. Das eingeholte Rechtsgutachten sei nicht über jeden Zweifel erhaben, denn das beauftragte Büro berate auch die Atomstrom-Lobby.

## Baselbieter benachteiligt

Regierungsrätin Sabine Pegoraro wies mit Nachdruck darauf hin, dass die Initiative die Handels- und Gewerbefreiheit zulasten der Baselbieter Energieunternehmen verletze. Sie erklärte zudem, dass die Ziele des Baselbieter Energiegesetzes erreicht würden, trotz des Volksneins zur Energieabgabe. Es werde einfach etwas länger dauern. Die Regierung sei zudem daran, eine alternative Finanzierung der Beiträge für die energetischen Sanierungen von Liegenschaften in die Wege zu leiten.

Der Landrat lehnte eine Rückweisung zugunsten eines Rechtsgutachtens für einen Gegenvorschlag ab und verabschiedete die Initiative mit der Nein-Parole.

# Als Läuelfingen noch der Nabel der Welt war

Gemeinde läutet Wandel auf Kohler-Areal mit Dorffest ein

Von Christian Horisberger

**Läuelfingen.** Sucht man auf Google nach Informationen zum heute Abend beginnenden Dorffest in Läuelfingen, dann ist einer der ersten Treffer die «Sogenda», ein Solothurner Veranstaltungskalender. Ein Hinweis auf das grosse Dilemma, in dem das Dorf ganz hinten im Homburgertal gegenwärtig steckt. Einst lag Läuelfingen an einer der wichtigsten Verkehrsachsen vom Jura ins Mittelland. Lastwagen fuhren über den Hauenstein, die Züge durch den Berg hindurch. Mit dem Verkehr kamen neue Einwohner, es siedelten sich Gewerbe und Industrie an.

Der Hauenstein-Basistunnel und Jahrzehnte später die Autobahn durchs Diegtal mit dem Belchentunnel haben dem Unteren Hauenstein den Rang als wichtige Verkehrsachse längst abgelassen. Im Gleichschritt entwickelte sich die Industrie. Bettenfabrik Hasena, Gipsmühle, Uhren-, Zigarren- und Zementwarenfabrik sind er- und verblüht – als Letzte im Jahr 2010 die Zementwarenfabrik Kohler.

Nun sucht Läuelfingen nach einer neuen Identität; nach neuen Steuerzahlern. Das vorläufige Konzept: Wer im Mittelland arbeitet, aber vom dichten Nebel die Nase voll hat, soll sich wenige Bahnminuten entfernt im sonnigen Jura niederlassen und hier Steuern abliefern. Der Gemeinderat hat dafür das brach liegende Kohler-Areal gekauft, es entwickelt, die planerischen Voraussetzungen für eine Wohnüberbauung geschaffen und sogar einen Investor aufgetrieben.

Parallel dazu kämpft Läuelfingen unerbitlich gegen die Stilllegung des «Läuelfingerli», der hoch defizitären Bahnlinie S3 zwischen Sissach und Olten. Denn die schnelle Bahnverbindung zum Bahnknoten Olten ist das wichtigste Verkaufsargument für sein Konzept «Wohnen im Jura – arbeiten im Mittelland». Dünnere als heute war die Luft für die S3 nie.

## Blick zurück und nach vorne

Von solchen Sorgen wollen die Läuelfinger von heute bis Sonntag aber nichts wissen. Denn mit dem «Dorffest Kohler-Areal» gibt die Gemeinde das Signal für den Wandel auf dem Gelände – vom Arbeits- zum Wohngebiet. Sinngemäss lautet das Leitmotiv des Dorffests «Von damals bis morgen». Man blickt zurück und nach vorne, feiert, isst, trinkt, kauft auf dem Markt ein, spielt und lässt sich unterhalten.

Dem Kern des Fests werden die Veranstalter mit einer historischen Ausstellung zur Firma Kohler sowie Plänen vom Wohnbauprojekt des Immobilienunternehmens Hegibau gerecht. Ferner werden Mitglieder des Museumsvereins am Sonntag einen Vortrag zur Geschichte des Areals halten. Weitere Programmpunkte sind ein Markt, ein Oldtimer-Treffen, Unterhaltung für Kinder und Jugendliche, Beizenbetrieb mit Livemusik oder ein Fabrikgottesdienst. Ein allfälliger Erlös aus dem Dorffest soll in die Gestaltung des neuen Dorfplatzes auf dem Kohler-Areal fliessen.

[www.facebook.com/dorffest.laeufelfingen.2017](http://www.facebook.com/dorffest.laeufelfingen.2017)

# Ein grosses Fest für die Zukunft

Duggingen feiert drei Tage lang

**Duggingen.** Nicht nur das neue Verwaltungsgebäude soll mit dem dreitägigen Duggiger-Fest eingeweiht werden, nein, es soll auch ein Start in die Zukunft der Gemeinde sein. So jedenfalls propagieren der Gemeinderat und das OK das Fest, das an diesem Wochenende (1.–3. September) über die Bühne geht. Es sind Festzelte mit verschiedenen Themen anzutreffen – vom Saloon bis zum Oktoberfest. Der Hunger kann mit einem Sandwich oder mit einem saftigen Stück Spanferkel gestillt werden, und auch muss niemand das Fest durstig verlassen.

[www.duggigerfescht.ch](http://www.duggigerfescht.ch)

# GPK-Chef in der Kritik

Vertrauen für Landschreiber

**Liestal.** In der Debatte über den Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) über die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit stand weniger der Inhalt des Berichts als vielmehr die Person von GPK-Präsident Hanspeter Weibel (SVP) im Vordergrund. Dem GPK-Chef wurde unsachliche Kritik am 1. Landschreiber Peter Vetter vorgeworfen. Lanciert hatte die Diskussion GPK-Mitglied Pia Fankhauser (SP), die sich explizit von Weibels Aussagen betreffend Landschreiber Peter Vetter distanzierte – und damit eine Welle der Kritik auslöste. Quer durch das politische Spektrum hagelte es anschliessend Vorwürfe an die Adresse Weibels in Verbindung mit Vertrauenskundgebungen für den Landschreiber. Dieser sei «die richtige Person am richtigen Ort», sagte Philipp Schoch (Grüne). Und Rolf Richterich sprach gar von einer «persönlichen Abrechnung» des Kommissionspräsidenten.

Nach einer Intervention von SVP-Präsident Oskar Kämpfer stellte Christine Frey (FDP) den Antrag auf Abbruch der Diskussion. Dieser wurde mit 47 gegen 28 Stimmen gutgeheissen. Der GPK-Bericht wurde darauf bei 28 Enthaltungen gutgeheissen. Gu

# Erster Erfolg für Ausgleichs-Initiative

Gegenvorschlag zur Gemeinde-Initiative an die Kommission zurückgewiesen

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Da hat doch der Landrat für eine faustdicke Überraschung gesorgt. Er hat den Gegenvorschlag zur Gemeinde-Initiative über den Ausgleich der Sozialhilfekosten, die sogenannte Ausgleichs-Initiative, die im März 2016 von elf Gemeinden eingereicht worden war, mit 44 zu 43 Stimmen an die Finanzkommission zur Verbesserung zurückgewiesen. Das Resultat kam mit Stichentscheid von Landratspräsidentin Elisabeth Augstburger (EVP) zustande.

Dabei war eigentlich zum Vornher ein klar, dass die Ausgleichs-Initiative im Rat keine Chance haben würde. Diese verlangt, dass 70 Prozent der Nettosozialhilfekosten aller Gemeinden nach Einwohnerzahl auf alle Gemeinden des Kantons verteilt werden sollen und dass nur noch 30 Prozent von den jeweiligen Gemeinden selbst getragen werden müssen. Regierung und Finanzkommission lehnten diese Initiative ab. Um indessen denjenigen Gemeinden, die besonders mit Sozialhilfekosten belastet sind, wie Grellingen oder Liestal, mit einer Lockerung der bisherigen Härtefallregelung besser unter die Arme greifen zu können, hat die Kommission einen Gegenvorschlag erarbei-

tet. Bei der bisherigen Härtefallregelung sind die Bedingungen nämlich so, dass nur die allerärmsten Gemeinden in den Genuss von Entlastungsbeiträgen kommen. Liestal aber mit den höchsten Sozialhilfekosten pro Kopf – 2016 waren dies 543 Franken, bei einem kantonalen Durchschnitt von 237 Franken – blieb mit seinem Gesuch auf der Strecke. Der Kantonshauptort weist eben mittlerweile einen Steuerfuss von «nur noch» 65 Prozent auf, nachdem die Stadt diesen nach Jahren strikten Schuldenabbaus um zwei Prozentpunkte senken konnte. Härtefallbeiträge aber gibt es derzeit erst ab 67 Prozent.

## Kritik am Gegenvorschlag

Gemäss dem Gegenvorschlag der Kommission soll der Regierungsrat einer Gemeinde Härtefallbeiträge aus dem Ausgleichsfonds gewähren, «wenn diese nur durch eine übermässig hohe Ausschöpfung ihrer Eigenfinanzierung ihre notwendigen Aufgaben erfüllen könnte». Dabei würde der Regierungsrat die Kriterien auf Verordnungsebene regeln und tiefere Anforderungen für Härtefälle festlegen.

Das aber ging der linken und grünen Ratsseite sowie den meisten Gemeinde-

vertretern zu wenig weit. Es mache keinen Sinn, dass die Gemeinden erst das Eigenkapital plündern müssten, bevor sie dann endlich beitragsberechtigt würden, sagte der frühere Grellinger Gemeindepräsident, CVP-Landrat Franz Meyer. Für Linard Candrea (SP) hat der Berg mit diesem Gegenvorschlag eine Maus geboren. «Das ist keine Revision, sondern ein Revisionschicken, ein Zückerchen sozusagen», sagte der Laufner. Demgegenüber stellten sich die Fraktionen von SVP und FDP mehrheitlich hinter den Gegenvorschlag. Laut Christof Hiltmann, FDP-Landrat und Birsfelder Gemeindepräsident, sind die Sozialhilfekosten nicht die einzige Herausforderung für die Gemeinden.

Matthias Häuptli (GLP) stellte darauf den Antrag, den Gegenvorschlag an die Finanzkommission zurückzuweisen. Dieser gehe in der vorliegenden Form viel zu wenig weit und biete den betroffenen Gemeinden keine Perspektive. Er müsse daher von der Kommission entsprechend angepasst werden. SP, Grüne, ein Teil der CVP und zahlreiche Gemeindevertreter unterstützten den Antrag. Bei 43 zu 43 gab die Landratspräsidentin den Stichentscheid zugunsten der Rückweisung.